

Internationale Regulierung systemrelevanter Finanzinstitute dringend geboten

Die so genannten systemrelevanten Finanzinstitute, abgekürzt SIFIs, gelten als Mitverursacher der letzten Finanzkrise und sollen durch die Reform der Bankenregulierung in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten stärker eingegrenzt werden. Ein aktuelles Gutachten des ZEW im Auftrag des Europäischen Parlaments überprüft verschiedene Regulierungsvorschläge.



Foto: digitalstock

Die Vorschläge zur Regulierung der systemrelevanten Banken zielen darauf ab, im Krisenfall keine oder nur geringe Hilfen vom Steuerzahler in Anspruch nehmen zu müssen.

Die Systemrelevanz von SIFIs besteht darin, dass sie nicht in Konkurs gehen können, ohne dass dem gesamten Finanzsektor und großen Teilen der Volkswirtschaft hieraus großer Schaden erwächst, etwa weil die Kreditvergabe und der Zahlungsverkehr schwer beeinträchtigt würden. Deshalb wurde der Bankensektor in der vorangegangenen Finanzkrise von staatlichen und internationalen Institutionen, letztlich auf Kosten der Allgemeinheit, erheblich unterstützt.

Die Reform der Bankenregulierung zielt unter anderem darauf ab, die in künftigen Krisen notwendigen öffentliche Hilfen für den Bankensektor und insbesondere die SIFIs zu reduzieren. Hierfür gibt es zwei An-

satzpunkte: zum einen ein höheres Mindesteigenkapital für SIFIs, zum anderen Regeln zur Restrukturierung und Abwicklung von Banken. Beim G20-Gipfeltreffen Anfang November in Cannes wurden Vorschläge zu beiden Punkten diskutiert.

Ein höheres Mindesteigenkapital für SIFIs soll die Möglichkeiten der Banken verbessern, größere Verluste selbst zu tragen. Dadurch würde es weniger wahrscheinlich, dass die Allgemeinheit für Verluste aufkommen muss, um diese Banken zu retten. Der Vorschlag, der beim G20-Treffen beraten wurde, sieht vor, dass SIFIs zusätzlich zu den Basel III-Vorschlägen bis 2,5-Prozentpunkte mehr an hartem Eigenkapital halten sollen. Bei starkem Wachstum der

Bank soll sogar ein Zuschlag in Höhe eines weiteren Prozentpunktes möglich sein. Insgesamt müssten SIFIs damit 10,5 Prozent plus den SIFI-Zuschlag (ein bis 2,5 Prozent, maximal 3,5 Prozent) an Eigenkapital halten. Hinzu käme eventuell ein antizyklischer Kapitalpuffer von bis zu 2,5 Prozent.

Ein solcher Zuschlag zum Mindesteigenkapital erhöht sicherlich die Kapazitäten von Banken, Verluste zu tragen. Im Sinne einer Reduktion der prozyklischen Wirkungen von solchen Eigenkapitalregeln wäre es jedoch besser, wenn dieses erhöhte Eigenkapital zum so genannten Kapitalerhaltungspuffer addiert würde. Denn dieser Puffer darf von der Bank im Falle einer Krise abgebaut werden, während das Mindesteigenkapital auch während einer Finanzkrise aufrechterhalten werden muss. Höhere Eigenkapitalerfordernisse dürften für die betroffenen Banken nicht kostenlos zu erfüllen sein. Insgesamt sollten diese Kosten

IN DIESER AUSGABE

| | |
|---|----|
| Internationale Regulierung systemrelevanter Finanzinstitute dringend geboten | 1 |
| Eigenmotivation ist ein wichtiger Faktor für die Akzeptanz von Reformen | 2 |
| Ältere Beschäftigte selbst im verarbeitenden Gewerbe nicht weniger produktiv | 3 |
| Staatsschuldenkrise belastet deutsche Konjunktur | 4 |
| Wirkung von Reformen wesentlich beeinflusst vom Zusammenspiel der Institutionen | 5 |
| Rasante Verbreitung von Tablet-Computern ... | 6 |
| Insgesamt bisher keine Blasenbildung am deutschen Immobilienmarkt | 7 |
| Der Beitrag von Green IT zum Schutz von Umwelt, Klima und Ressourcen | 8 |
| ZEW Intern | 10 |
| Daten und Fakten | 11 |
| Standpunkt | 12 |

FORSCHUNGSERGEBNISSE

jedoch eher gering sein: der induzierte Anstieg bei Kreditzinsen wird voraussichtlich wenige Basispunkte nicht überschreiten. Die negativen Wirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt dürften unter 0,1 Prozentpunkten pro Jahr liegen.

Investment- versus Kundengeschäft

Der kürzlich veröffentlichte so genannte Vickers-Report sieht für SIFIs eine Trennung der Eigenkapitalerfordernisse für das Privatkunden- und Firmengeschäft auf der einen Seite und das Investmentbanking auf der anderen Seite vor. Für erstere wird ein Mindesteigenkapital etwa in Höhe der Regeln von Basel III gefordert, für das Investmentbanking soll es hingegen 17 Prozent betragen. Dies ist mehr als nach Basel III plus SIFI-Zulage gefor-

dert wird. Der Vickers-Report macht den Vorschlag, das Investmentbank-Geschäft von den anderen Bankaktivitäten wirtschaftlich zu trennen, so dass im Falle einer Krise das volkswirtschaftlich weniger bedeutsame Investmentgeschäft abgewickelt werden kann, während die anderen Teile der Bank mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Im deutschen Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz hat der Gesetzgeber vorgesehen, dass im Falle einer Krise der systemrelevante Teil einer Bank auf eine so genannte Brückenbank übertragen werden kann, für die eine Sanierung durchgeführt wird. Im Gegensatz zu dem vom Vickers-Report vorgeschlagenen Verfahren, wird eine Trennung in einen zu rettenden und den im Notfall auch abzuwickelnden Teil einer Bank nicht im Vor-

aus festgelegt, sondern ist Teil des Verfahrens, das dadurch schwerfälliger sein könnte. Der Financial Stability Board hat für den Gipfel in Cannes Leitlinien ausgearbeitet, die dort auch beschlossen wurden. Sie sehen vor, dass die als SIFIs eingestuften Banken einen Plan zu ihrer eigenen Abwicklung im Krisenfall vorlegen. Die zentralen Details hierfür müssen allerdings noch von den zuständigen Aufsichtsbehörden ausgearbeitet werden. Solche international einheitlichen Regeln sind dringend geboten, da SIFIs international aktiv sind und eine Reorganisation der Bank im Krisenfall immer mehrere Staaten gleichzeitig betreffen wird.

Zur Studie: www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?language=en&file=42971

Prof. Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

Eigenmotivation ist ein wichtiger Faktor für die Akzeptanz von Reformen

Trotz der ökonomischen Notwendigkeit, das gesetzliche Renteneintrittsalter schrittweise von 65 auf 67 Jahre anzuheben, ist die „Rente mit 67“ bei der deutschen Bevölkerung wenig populär. Eine Studie des ZEW zeigt, dass die intrinsische Arbeitsmotivation eine wesentliche Rolle für die Zustimmung zu einer Erhöhung des Renteneintrittsalters spielt.

Eine aktuelle ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 11-045) befasst sich mit den Einflussfaktoren der individuellen Zustimmung zu einer bestimmten Rentenreformoption. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Merkmale der Befragten erklären können, warum diese eine Erhöhung des Renteneintrittsalters gegenüber den Reformalternativen einer Beitragserhöhung oder Rentenkürzung bevorzugen.

Ökonomen gehen traditionell davon aus, dass Individuen die Reformalternative wählen, von der sie selbst am stärksten profitieren. Beim Vergleich von Rentenreformoptionen sollte unter anderem der Erwerbsstatus einer Person entscheidend sein. So ist beispielsweise ein Rentner nicht direkt von einer Anhebung des Rentenalters betroffen, aber sehr wohl von einer Rentenkürzung. Zusätzlich zu diesen

bereits bekannten Determinanten der Reformakzeptanz stellt die Studie auf die Bedeutung der intrinsischen (Arbeits-)Motivation ab, deren Einfluss in der Reformliteratur bislang vernachlässigt wurde. Eine intrinsisch motivierte Person empfindet bereits durch die Ausübung einer Tätigkeit selbst (zum Beispiel der Erwerbsarbeit) Freude und benötigt dafür keine zusätzlichen Anreize von außen. Intrinsische Motivation sollte demnach die empfundenen Kosten einer längeren Erwerbstätigkeit senken und so die Attraktivität einer Anhebung des Rentenalters im Vergleich zu Rentenkürzungen oder Beitragserhöhungen steigern.

Die empirischen Analysen basieren auf repräsentativen Umfragedaten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) aus dem Jahr

2006. Neben Informationen zur Reformakzeptanz enthält ALLBUS Daten zu der sozio-ökonomischen Situation sowie zu unterschiedlichen Einstellungen der Befragten.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass neben eigennützigen Motiven und der (politischen) Informiertheit der Befragten, deren intrinsische Arbeitsmotivation eine wesentliche Rolle für die Akzeptanz der Reformalternativen spielt. Befragte, die „nicht nur des Geldes wegen arbeiten“ oder bereit sind „härter für ihr Unternehmen zu arbeiten“, bevorzugen eher die Anhebung des Rentenalters als Beitragserhöhungen oder Rentenkürzungen. Dieser Befund ist unabhängig von der Art der Tätigkeit der Befragten (etwa schwerer körperlicher Arbeit) gültig. Daraus lassen sich wesentliche Implikationen zur Reformfähigkeit ableiten: Gesellschaften, in denen Arbeit vorwiegend als Last wahrgenommen wird, stehen vor größeren Schwierigkeiten, den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden als Gesellschaften mit hoher Arbeitsethik.

Tanja Hennighausen, hennighausen@zew.de
Marc-Daniel Moessinger, moessinger@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ältere Beschäftigte selbst im verarbeitenden Gewerbe nicht weniger produktiv

Im Laufe der letzten Jahre stieg das Durchschnittsalter der Beschäftigten in fast allen entwickelten Industrieländern stark an. Eine aktuelle Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 11-058) geht der Frage nach, ob Änderungen in der Altersstruktur der Beschäftigten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen unterschiedliche Auswirkungen auf die Produktivität haben.

Ältere Beschäftigte über 50 Jahren gelten vielen Betrieben als wertvolle Mitarbeiter. Schließlich verfügen sie im Vergleich zu jüngeren Kollegen im Schnitt über mehr Erfahrung, arbeiten gewissenhafter, sind dem Betrieb eher treu und haben eine stärker ausgeprägte Arbeitsmoral. Allerdings gehen

Dienstleistungsbereich geht dagegen eher mit einer starken mentalen Beanspruchung einher. Des Weiteren werden hier häufiger soziale Kompetenzen, etwa Kommunikations- und Teamfähigkeit, sowie ein hoher Grad an Selbstorganisation benötigt. Angesichts dieser verschiedenen Anforderun-

Beschäftigte in mehr als 8.500 Unternehmen in Deutschland untersucht. Die Studie konzentriert sich auf Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes sowie des Dienstleistungssektors. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich über acht Jahre.

Mittels verschiedener Modellrechnungen misst die Studie den Produktivitätsbeitrag der Beschäftigten in verschiedenen Altersgruppen für den Dienstleistungssektor, das verarbeitende Gewerbe sowie die metallverarbeitende Industrie. Letztere wurde als Subsektor des verarbeitenden Gewerbes gesondert betrachtet, da sie eine der wettbewerbsfähigsten Branchen der deutschen Volkswirtschaft darstellt und hier besondere altersspezifische Herausforderungen auftreten.

Überraschendes Ergebnis

Die Berechnungen zeigen, dass zwischen den Sektoren keine signifikanten Unterschiede in der altersspezifischen Produktivität bestehen. Damit bestätigen sich die Vorüberlegungen nicht, die von einer höheren Produktivität Älterer im Dienstleistungsbereich und einer niedrigeren Produktivität Älterer im verarbeitenden Gewerbe und der metallverarbeitenden Industrie ausgingen. Zudem weisen Betriebe, deren Anteil älterer Beschäftigte zunimmt, im Durchschnitt keinen Rückgang der Produktivität auf. Die Unterschiede zwischen den Betrieben sind allerdings groß. Einen Erklärungsansatz für dieses auf den ersten Blick erstaunliche Ergebnis liefern die sektoralen Unterschiede bei der Anwendung spezifischer Personalmaßnahmen für ältere Beschäftigte. Möglicherweise gelingt es den Betrieben, die stärkeren spezifischen Herausforderungen an ihre älteren Beschäftigten gegenüberstehen, diese durch gezielte Maßnahmen zu kompensieren. Es könnte ferner sein, dass in Sektoren mit stärkeren Anforderungen an Ältere nur relativ wenig Ältere weiterbeschäftigt wurden.

Prof. Dr. Christian Göbel, goebel@zew.de
Prof. Dr. Thomas Zwick, zwick@bwl.lmu.de



Ältere weisen sowohl im Dienstleistungsbereich wie in der verarbeitenden und der metallverarbeitenden Industrie eine ähnliche Produktivität wie ihre jüngeren Kollegen auf.

Arbeitgeber häufig davon aus, dass Ältere im Vergleich zu Jüngeren tendenziell weniger flexibel und innovativ sind. Ein häufig gehörtes Urteil ist ferner, dass sie über weniger aktuelles technisches Know-How verfügen und weniger belastbar sind. So lassen sich keine einfachen Schlüsse über die Arbeitsproduktivität Älterer im Vergleich zu Jüngeren ziehen. Dies gilt umso mehr, wenn man die Anforderungen der verschiedenen Branchen mit ins Kalkül zieht.

Tätigkeiten im verarbeitenden Gewerbe sind häufig immer noch relativ monotone Prozesse, die vom Fließband oder der Produktionsanlage vorgegeben werden. Mit ihnen ist eine relativ starke körperliche Beanspruchung verbunden. Die Arbeit im

gen und den unterschiedlichen Stärken und Schwächen älterer Beschäftigter könnte man vermuten, dass die Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe mit zunehmendem Lebensalter eher abnimmt, während die Produktivität im Dienstleistungssektor mit dem Lebensalter eher steigen dürfte.

Um diese Annahme zu überprüfen, greift die ZEW Studie auf Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zurück. Sie verknüpft unternehmensbezogene Daten – etwa zur Branche des Unternehmens oder zur Wertschöpfung – mit Charakteristika der dort Beschäftigten, zum Beispiel mit dem Geburtsjahr, der Qualifikation und der Entlohnung. Insgesamt werden rund sieben Millionen

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Staatsschuldenkrise belastet deutsche Konjunktur

Die Staatsschuldenkrise in Europa belastet die deutsche Wirtschaft. Für das Jahr 2011 ist mit einem Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent, im Jahr 2012 von nur noch 0,8 Prozent zu rechnen. Die Arbeitslosenquote dürfte 2012 von 7,0 Prozent auf 6,7 Prozent zurückgehen. Dies sind zentrale Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011.



Foto: digitalstock

Angesichts der großen Unsicherheiten bezüglich der Schuldenkrise im Euroraum wird der Außenhandel nicht länger die deutsche Wirtschaft beflügeln können.

Die Gemeinschaftsdiagnose gibt einen Über- und Ausblick über die konjunkturelle Lage in Deutschland sowie die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes. Sie wird im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie in Zusammenarbeit mit dem ifo Institut an der Universität München, der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, dem ZEW Mannheim, dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Kiel Economics, dem Rheinisch Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Institut für Höhere Studien Wien erstellt.

Zunehmende Unsicherheit in der EU

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich im Sommer 2011 deutlich verschlechtert. Der weltweite Einbruch der Aktienkurse deutet auf einen Abschwung hin. Die Zunahme der Unsicherheit in der Europäischen Union und in den Vereinigten Staaten wird unter anderem aufgrund verschlechterter Finanzierungsbedingungen einen dämpfenden Effekt auf die Güternach-

frage haben. Viele Investoren und Konsumenten werden in der zweiten Jahreshälfte 2011 Ausgabenentscheidungen erst einmal zurückstellen. In Europa besteht darüber hinaus die Gefahr, dass aus der Staatsschuldenkrise eine Bankenkrise wird, da viele Banken in großem Umfang Schuldtitel der von der Krise betroffenen Staaten halten.

Keine Rezession in Deutschland

Die Schuldenkrise im Euroraum belastet zunehmend die deutsche Konjunktur. Die stark erhöhte Unsicherheit wird die inländische Nachfrage dämpfen und der Außenhandel wird nicht mehr zur Expansion beitragen. Im dritten Quartal 2011 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 0,6 Prozent gestiegen sein. Dies signalisiert die gute Entwicklung von Produktion und Umsatz sowie die weiter gestiegene Beschäftigung. Für das Winterhalbjahr 2011/12 rechnen die Institute damit, dass die erhöhte Unsicherheit und die verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen zu einer Stagnation der Produktion führen wird. Anders als im üb-

rigen Euroraum wird es in Deutschland allerdings nicht zu einer Rezession kommen. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Finanzpolitik hierzulande deutlich weniger restriktiv ausgerichtet ist und dass die Finanzierungsbedingungen erheblich günstiger sind als in Ländern mit hoher Verschuldung.

Konjunktur gewinnt 2012 an Fahrt

Unter der Annahme, dass die Unsicherheit im Euroraum langsam wieder zurückgehen wird, nimmt die deutsche Konjunktur ab dem zweiten Quartal 2012 wieder Fahrt auf. Zudem wird die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank in Deutschland weiterhin eher expansiv wirken. Für das Jahr 2012 rechnen die Institute mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozent, nach 2,9 Prozent im Jahr 2011. Aufgrund der stärkeren konjunkturellen Dynamik wird die Kerninflationsrate in Deutschland wohl höher sein als in vielen anderen Ländern des Euroraums. Dazu trägt ein kräftiger Lohnanstieg bei. Aktuell ist die Teuerungsrate allerdings von Preiserhöhungen bei Rohstoffen, Energie und Nahrungsmitteln geprägt. Per saldo wird ein Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland um 2,3 Prozent im Jahr 2011 und um 1,8 Prozent im Jahr 2012 prognostiziert.

Die Finanzpolitik in Deutschland sollte ihren Konsolidierungskurs beibehalten. Zum einen ist der Staatshaushalt strukturell nach wie vor unterfinanziert: Das strukturelle Defizit dürfte in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt knapp 1,5 Prozent betragen. Zum anderen schnellte die Schuldenquote im vergangenen Jahr von 74,2 Prozent auf 84,0 Prozent (Rechenstand Oktober 2011 ohne Berücksichtigung der Fehlbuchung bei der HRE) in die Höhe und dürfte, selbst wenn die europäische Staatsschuldenkrise ohne Belastungen für den deutschen Staatshaushalt gelöst werden kann, noch geraume Zeit über der im Maastricht-Vertrag festgelegten Obergrenze von 60 Prozent liegen.

Die Gemeinschaftsdiagnose findet sich unter www.zew.de/publikation6353

Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de

Wirkung von Reformen wesentlich beeinflusst vom Zusammenspiel der Institutionen

Gleichgerichtete arbeitsmarktpolitische Reformen zeigen im Ländervergleich unterschiedliche Folgen. Dies liegt an den verschiedenen institutionellen Rahmenbedingungen und ihren Wechselwirkungen.



Foto: iStockphoto

Ein komplexes Zusammenspiel verschiedener institutioneller Faktoren determiniert die Arbeitslosigkeit.

Zwischen Ländern, die hinsichtlich ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit durchaus vergleichbar sind, bestehen mit Blick auf die Arbeitslosenquoten zum Teil große Unterschiede. Warum ist das so? Es ist davon auszugehen, dass das Zusammenspiel institutioneller Faktoren, wie etwa der Besteuerung von Arbeit, der Existenz von Mindestlöhnen oder der Verhandlungsmacht der Arbeitgeber, einen Erklärungsbeitrag leistet. Empirische Studien tun sich aber schwer, die Wechselwirkungen dieser Faktoren zu überprüfen, ist die Anzahl der möglichen Interaktionen doch sehr hoch und die Datenabdeckung über verschiedene Länder hinweg eher begrenzt. Eine aktuelle empirische Untersuchung des ZEW (Discussion Paper Nr. 11-057) bietet einen Lösungsweg. Sie zeigt für 17 Industrieländer, wie sich das Zusammenspiel bestimmter Arbeitsmarktinstitutionen auf die jeweilige harmonisierte Arbeitslosenquote auswirkt.

Die Studie basiert auf Daten aus 17 OECD Ländern und untersucht die Jahre 1982 bis 2005. Insgesamt werden zwölf arbeitsmarktinstitutionelle Faktoren be-

trachtet: die Lohn-, Einkommen- und Mehrwertsteuer, der Kündigungsschutz für reguläre und temporäre Beschäftigung, Indikatoren für Mindestlohnbestimmungen sowie für die Koordination der Lohnverhandlungen und den gewerkschaftlichen Organisationsgrad, Maße für die Lohnersatzleistungen während des ersten, des zweiten und dritten, und des vierten und fünften Jahres der Arbeitslosigkeit sowie ein Indikator für die Reichweite des Arbeitslosenunterstützungssystems. Darüber hinaus finden zwei Indikatoren für die Produktmarktregulation, die Markteintrittsbarrieren sowie der Anteil der Unternehmen in staatlichem Besitz Berücksichtigung, da diese sich in früheren Studien als relevant für den Arbeitsmarkt herausgestellt haben.

Aus diesen 14 arbeitsmarktinstitutionellen Faktoren ergeben sich 91 Interaktionsmöglichkeiten. In einem ersten Schritt ermittelt die Studie zunächst, welche dieser Interaktionen mit Blick auf die Arbeitslosenquote überhaupt relevant sind. Die so ermittelten Ergebnisse gelten über alle Länder hinweg. Es zeigt sich bei-

spielsweise ein signifikanter Wirkungszusammenhang der Lohnsteuer mit der Einkommenssteuer, den Mindestlöhnen, den Arbeitslosenleistungen im zweiten und dritten Jahr sowie den entsprechenden Transferleistungen im vierten und fünften Jahr der Arbeitslosigkeit.

Konträre Wirkung in einzelnen Ländern

In einem zweiten Schritt schätzt die Studie die Effekte der verschiedenen Faktoren und ihrer Wirkungsgefüge auf die Arbeitslosenquoten der verschiedenen Länder. Im Jahr 2005 betrug beispielsweise das Lohnsteueraufkommen in Deutschland 15,29 Prozent des Arbeitnehmerentgelts. Die Modellrechnungen zeigen, dass eine Erhöhung der Lohnsteuer um einen Prozentpunkt in Deutschland einen Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,13 Prozentpunkte zur Folge gehabt hätte. Dagegen hätte sich diese Reform in den Vereinigten Staaten aufgrund des Zusammenspiels mit den genannten Institutionen vollkommen anders ausgewirkt. Während der Anteil der Lohnsteuer hier im gleichen Jahr nur mit 6,41 Prozent zu Buche schlug, hätte ihr Anstieg um einen Prozentpunkt einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 0,44 Prozentpunkte bewirkt. Darüber hinaus können Reformen bei einer weitgehend gleichen Ausgangssituation zu vollkommen verschiedenen Ergebnissen führen: Während etwa die Einkommensteuer 2005 in Frankreich bei rund 14 Prozent und in den Vereinigten Staaten bei rund 13 Prozent lag, hätte eine Erhöhung dieser Steuer um einen Prozentpunkt in Frankreich zu einem leichten Anstieg, in den Vereinigten Staaten jedoch zu einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass eine Harmonisierung bestimmter arbeitsmarktpolitischer Institutionen nicht zwingend zu den gleichen (und damit gewünschten) Ergebnissen in den verschiedenen Ländern führen würde.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Rasante Verbreitung von Tablet-Computern

Tablet-Computer finden in der Informationswirtschaft rasche Verbreitung. Bereits 25 Prozent der Unternehmen in diesem Wirtschaftszweig statten ihre Mitarbeiter mit Tablet-Computern aus. Bis Ende 2012 wird dieser Anteil voraussichtlich um weitere zwölf Prozentpunkte steigen.

Man findet sie inzwischen überall: an Flughäfen, in Zügen, in Cafés, auf der Parkbank – Menschen, die fasziniert auf ihre Tablet-Computer blicken. Sie informieren sich über die neuesten Geschehnisse an der Börse, bearbeiten ihre E-Mails oder lesen Klassiker. Seit der Einführung des iPad durch die Firma Apple im April 2010, halten Tablet-Computer geradezu unaufhaltsam Einzug sowohl in den privaten Bereich als auch in die Geschäftswelt. In der Informationswirtschaft setzen derzeit bereits 25 Prozent der Unternehmen auf Tablet-Computer. Die Nutzungsrate der gesamten Branche wird im Jahr 2012 sogar auf 37 Prozent steigen, wenn die von den Unternehmen geplanten Anschaffungen tatsächlich vorgenommen werden. Spitzenreiter in der Informationswirtschaft sind bei der Nutzung von Tablets die Unternehmen der Medienbranche mit einer voraussichtlichen Nutzungsrate von 59 Prozent im Jahr 2012, vor den IKT-Dienstleistern, bei denen sich der Anteil der Unternehmen mit Tablet-Computern von 31 Prozent in diesem Jahr auf 45 Prozent im nächsten erhöhen wird.

Internet macht mobil

Als mobiles Endgerät erlaubt ein Tablet-Computer den Zugriff auf E-Mails und Daten überall dort, wo ein möglichst leistungsfähiger Internetzugang vorhanden ist. Mobile Internetzugänge über Tablets, Laptops oder Mobiltelefone machen die Mitarbeiter von Unternehmen mobiler.

Am weitesten verbreitet sind mobile Internetzugänge bei den IKT-Dienstleistern. Dort verfügen momentan fast 35 Prozent der Mitarbeiter über einen solchen Zugang. Für 2012 wird in dieser Branche ein Wert von fast 44 Prozent erwartet. In der IKT-Hardwarebranche ist die Verbreitung mit etwa 17 Prozent am geringsten. Eine wesentliche Steigerung ist hier auch für das Jahr 2012 nicht zu erwarten. Die Un-

ternehmen der Medienbranche rechnen für das kommende Jahr damit, etwa 38 Prozent ihrer Mitarbeiter mit einem mobilen Internetzugang auszustatten, das sind zehn Prozent mehr als in diesem Jahr. Bei den wissensintensiven Dienstleistern dagegen wird eine Steigerung um lediglich zwei Prozentpunkte auf 33 Prozent der Mitarbeiter erwartet.

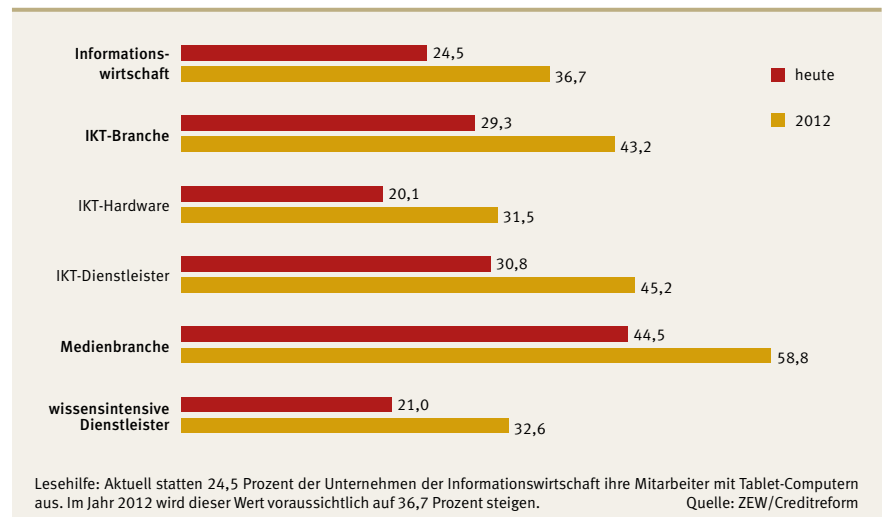
Smartphone an erster Stelle

Noch hat der Tablet-Computer das Smartphone nicht überholt. Es ist Vorreiter bei den mobilen, internetfähigen Endge-

Unternehmen. Die rasche Verbreitung der mobilen Internettechnologie unterstützt die weitere Dezentralisierung von Geschäftsprozessen und Arbeitsplätzen, die schon durch die Einführung des Personalcomputers eingeläutet wurde. Mehr Flexibilität, Zugriff auf Informationen überall, Erreichbarkeit jederzeit, das sind die Vorteile – aber auch die Nachteile – die diese Kommunikationsmedien bieten. Die spannende Frage ist, ob und wann mobile internetfähige Geräte die klassischen Standcomputer endgültig ablösen werden.

Die Ergebnisse beruhen auf einer repräsentativen Befragung, die das ZEW gemeinsam mit Creditreform vierteljährlich unter Unternehmen aus der Branche der Informationswirtschaft durchführt. Zur Informationswirtschaft zählen die IKT-Branche mit ihren Teilbranchen IKT-Hardware und IKT-Dienstleistungen, die Medienbran-

Verbreitung von Tablet-Computern heute und 2012



räten. Insgesamt geben mehr als 60 Prozent der Unternehmen an, ihren Mitarbeitern Smartphones zur Verfügung zu stellen. An zweiter Stelle stehen mit 48 Prozent UMTS-Karten, gefolgt von internetfähigen Handys mit knapp 44 Prozent. Im Branchenvergleich kommen mobile Endgeräte am häufigsten bei den IKT-Dienstleistern zum Einsatz, und zwar internetfähige Handys in 50 Prozent, Smartphones in 78 Prozent und UMTS-Karten in 68 Prozent der

che sowie wissensintensive Dienstleister (Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Public Relations und Unternehmensberatung, Architektur- und Ingenieurbüros sowie technische, chemische und physikalische Untersuchung, Forschung und Entwicklung, Werbung und Marktforschung, sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten).

Prof. Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de
Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

Nachgefragt: Die Lage am deutschen Immobilienmarkt

Insgesamt bisher keine Blasenbildung am deutschen Immobilienmarkt

Im Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement werden am ZEW Fragestellungen zu den internationalen Immobilienmärkten untersucht. Ausgewiesene Themen sind zum Beispiel die dynamischen Wechselwirkungen zwischen Immobilien- und Kapitalmärkten oder die Analyse von Immobilienanlageformen als Anlageklasse. Prof. Dr. Felix Schindler erläutert aktuelle Entwicklungen am deutschen Immobilienmarkt.

Warum sind derzeit vor allem deutsche Immobilien bei den Anlegern sehr beliebt?

Gerade bei privaten Investoren und Kleinanlegern in Deutschland ist in letzter Zeit eine große Nachfrage nach Immobilien, insbesondere nach Wohnimmobilien, zu erkennen. Dies liegt einerseits in der anhaltenden Verunsicherung der Anleger an den Aktien- und Anleihenmärkten, ausgelöst durch die Turbulenzen in den letzten Jahren. Darüber hinaus befördern aufkeimende Inflationsängste gerade bei den Privatanlegern den Run aufs Betongold. Zuträglich sind auch die hohen zur Verfügung stehenden Anlagevolumina. Andererseits befinden sich die Finanzierungskosten auf einem historisch niedrigen Niveau und somit spielen auch Haushalte, deren Einkommen in Zeiten höherer Finanzierungskosten den Erwerb einer Immobilie nicht zulassen würde, mit dem Gedanken, eine Immobilie zu erwerben.

Sehen Sie angesichts der steigenden Nachfrage das Risiko einer Preisblase am deutschen Wohnimmobilienmarkt?

Eine Preisblase ist auf Bundesebene derzeit nicht festzustellen. Insgesamt erfolgt der deutsche Immobilienmarkt über die letzten 15 Jahre in der Fläche einen bestenfalls moderaten nominalen Preisanstieg, real sind sogar Preisrückgänge zu verzeichnen. Langfristig sind gerade bei Wohnimmobilien vor allem die demographischen Entwicklungen zu berücksichtigen. Zwar steigen momentan die Haushaltszahlen trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen noch, allerdings dürfte sich hier langfristig eine Trendumkehr abzeichnen. Diese wird sich dann auf die Immobilienmärkte auswirken. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass die Entwicklungen bundesweit keinesfalls einheitlich sind und starke regionale Unterschiede bestehen. Zu den eher teuren Standorten mit teils sehr hohen Preisanstiegen in den letzten Jahren zählen insbesondere süddeutsche Ballungsräume sowie der Großraum Hamburg.

Wie entwickelt sich der deutsche Markt für Gewerbe- und Büroimmobilien?

Nach einem starken Einbruch des Transaktionsvolumens in Folge der Lehman-Pleite im Jahr 2008, erfolgte eine rasche Erholung und insbesondere auch internationale Investoren suchen nach attraktiven Anlageobjekten an den großen deutschen Bürostandorten. Allerdings ist im Vergleich zu der Zeit vor der Finanzkrise ein höheres Risikobewusstsein der Investoren zu erkennen und die Nachfrage konzentriert sich auf Top-Objekte in Spitzen-



Wohnimmobilien sind besonders in süddeutschen Städten wie Freiburg i. Br. beliebt und vergleichsweise teuer.

lagen. Einer der Gründe für die hohe Nachfrage liegt in der Tatsache, dass der deutsche Immobilienmarkt zu Zeiten der starken Preisanstiege in vielen anderen Ländern keine großen Preissteigerungen erfahren und sich in der Krise als vergleichsweise stabil erwiesen hat. Es ist ferner festzustellen, dass viele Investoren ausreichend Liquidität zur Verfügung haben, aber sich auf Grund der unsicheren Lage an den internationalen Kapitalmärkten bei größeren Engagements in Aktien und Anleihen zurückhalten und alternative Anlagemöglichkeiten suchen.

Prof. Dr. Felix Schindler, schindler@zew.de

Prof. Dr. Felix Schindler promovierte 2008 an der Universität Freiburg mit einer Dissertation zum Thema „Immobilienaktienmärkte – Eine globale Analyse ihres Kapitalmarktverhaltens“. Seit dem Jahr 2009 untersucht er am ZEW vielfältige Fragestellungen zu den internationalen Immobilienmärkten. Sein Schwerpunkt liegt dabei auf den Bereichen Immobilien als Kapitalanlage und Immobilienfinanzierung. Im Jahr 2010 wurde Schindler darüber hinaus zum Juniorprofessor für Immobilien an der Steinbeis Hochschule Berlin ernannt.



Der Beitrag von Green IT zum Schutz von Umwelt, Klima und Ressourcen

Green IT – Umwelt- und Klimaschutz in und durch IT – hat in den letzten Jahren zunehmende Aufmerksamkeit erfahren. Die Analyse einer Firmenbefragung und die Betrachtung von Kostenstrukturen verschiedener Branchen liefern erste Antworten auf die Frage, welche Potenziale „grüne Informations- und Kommunikationstechnologien“ tatsächlich bieten.



Die digitale Welt hat großen Energiehunger. Green IT könnte einen Beitrag leisten zum effizienteren Umgang mit Strom und anderen essentiellen Ressourcen.

Die weltweit installierten Computer und Netzwerke verbrauchen eine immer größere Strommenge. Deshalb stellt sich die Frage, inwiefern durch technische Neuerungen Energie gespart werden kann. Bei Green IT geht es aber nicht nur um die Frage der Energieeffizienzverbesserung von IT-Endgeräten, sondern auch um die Entwicklung intelligenter Software zur Reduzierung des Energieeinsatzes anderer Branchen.

Energie- und Ressourcenverbrauch

Neben dem Energieverbrauch ist auch der Ressourcenverbrauch durch IT unter Umweltgesichtspunkten von Interesse. Außer Kunststoffen werden in Chips und Lasern, in Computern und Mobiltelefonen viele seltene Metalle verarbeitet. Bei steigenden Rohstoffpreisen wird damit das Recycling alter Geräte immer lukrativer.

Der Begriff Green IT bezieht sich auf sämtliche Einsparpotenziale knapper

Ressourcen im Zusammenhang mit Informations- und Kommunikationstechnologie, von der Produktion über die Verwendung bis hin zum Recycling von Hardware. Der effizientere Einsatz knapper Ressourcen oder der Verzicht auf giftige Stoffe bei der Produktion ist nichts anderes als eine Form von technischem Fortschritt. Mit dem Schlagwort Green IT sind demnach Innovationen in oder mit den Informations- und Kommunikationstechnologien gemeint, die eine Steigerung der Energie- oder Ressourceneffizienz ermöglichen.

Ein wichtiger Motor für technischen Fortschritt ist die Verknappung und damit Verteuerung bestimmter Ressourcen, die für die Produktion und die Nutzung von IT-Hardware benötigt werden. Eine Reihe von empirischen Studien zeigen beispielsweise, dass ein Anstieg der Energiepreise zu Erfindungen und Innovationen führen, die auf einen niedrigeren Energieverbrauch abzielen. Staatliche Regulierungen können ebenfalls Inno-

novationen vorantreiben. Zu diesem Ergebnis kommt auch das Mannheimer Innovationspanel aus dem Jahr 2009. Es enthält rund 120 Hersteller von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie rund 240 Dienstleister der Informations- und Kommunikationsbranche. Von diesen 360 Unternehmen gaben 47 an, dass sie Innovationen mit Umweltwirkungen aufgrund von Regulierungen eingeführt haben, wobei die Angaben von 40 dieser Unternehmen eine genaue Aufschlüsselung der für sie relevanten Gesetze und Verordnungen erlauben.

Innovationen im Produktionsprozess

Auch wenn diese Auswertung keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben kann, so erlaubt sie doch eine zentrale Aussage: Die deutschen Umweltregulierungen führen zu Prozessinnovationen, die den Einsatz schädlicher Chemikalien im Produktionsprozess verringern. Die RoHS-Richtlinie der EU beschränkt zum Beispiel die Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten, während die REACH-Verordnung generell Standards zum Umgang und zur Beschränkung bestimmter Chemikalien definiert. Die WEEE-Verordnung zur Reduzierung von Elektroschrott sowie das Elektrogesetz beziehungsweise das Elektroaltgeräteregister haben zu Innovationen im Produktionsprozess geführt.

Auf den ersten Blick mag überraschen, dass Regulierungen für Energieeffizienz von den Unternehmen nicht als Treiber für Innovationen genannt wurden, zumindest nicht für den IT-Bereich. Dies spricht gegen die Effektivität der Energieeffizienzregulierung in der IT-Branche. Aus umweltökonomischer Sicht sind Energieeffizienzstandards deshalb ein eher zweifelhaftes Instrument, da die in der Stromerzeugung anfallenden Treibhausgasemissionen bereits durch den europäischen Handel mit Emissionszertifikaten reguliert werden.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Green IT umfasst darüber hinaus die Ressourceneinsparung in anderen Branchen durch neue oder optimierte Software. Verglichen mit IKT-Hardware-Herstellern und Unternehmen aus anderen Branchen haben weniger IT-Dienstleister Innovationen eingeführt, die Energieeinsparungen beim Endkunden zur Folge hatten. Mit anderen Worten: Bisher haben

flikt zwischen der Umweltfreundlichkeit und den Kosten einer technischen Neuerung. Das kann insbesondere an hohen Investitionskosten liegen, die sich erst im Laufe vieler Jahre gegenüber einer konventionellen Lösung amortisieren.

Da die Forschung und Entwicklung neuer energieeffizienter Technologien mit Ressourcenaufwand verbunden ist, sind

nische Neuerungen zurückgeht, ist allerdings nicht abschließend zu klären.

Zuletzt muss noch weiteres Wasser in den Wein gegossen werden. Grüne Effizienzsteigerungen, egal ob es sich um Energie- oder Ressourceneffizienz handelt, kommen in aller Regel nicht in vollem Umfang der Umwelt zugute. Gerade wenn sie mit Kostensenkungen einhergehen, führen Effizienzsteigerungen in Produktions- oder Konsumprozessen häufig zu einer verstärkten Nutzung von Energiedienstleistungen. So steigt zwar die Wertschöpfung, aber Energie- beziehungsweise Ressourcenverbrauch sinken entsprechend weniger stark. Ökonomen sprechen hier vom Rebound-Effekt. Auch bei der Anwendung von IT-Hardware kann der Rebound-Effekt etwa in Bezug auf den Stromverbrauch dazu führen, dass zwar die Effizienz jedes Gerätes ansteigt, der Verbrauch insgesamt aber weiter zunimmt. Das heißt nicht, dass die Bemühungen, Umweltschutz mit oder in der IT zu betreiben, sinnlos sind. Ob sie einen wirklich substanziellen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten können, muss sich freilich erst zeigen.



Zur Fertigung etwa von Computern und Mobiltelefonen werden viele Rohstoffe wie zum Beispiel Kupfer, Zinn, oder Coltan benötigt, deren Abbau natürliche Grenzen gesetzt sind.

grüne Produktinnovationen durch IT dem Ergebnis zufolge in den meisten Branchen keine wichtige Rolle gespielt. Was könnten die Gründe hierfür sein?

Wirtschaftlichkeit ist entscheidend

Ökonomen gehen davon aus, dass eine Verteuerung eines Produktionsfaktors zu Innovationen im Produktionsprozess führt, die diesen Produktionsfaktor effizienter einsetzen. Eine Strompreisverteuerung in IT-intensiven Geschäftsbereichen sollte demnach zum Einsatz energieeffizienterer Hardware führen und in energieintensiven Branchen zum Einsatz energiesparender Geräte mit verbesserter Software. Insbesondere sind dabei auch die anfallenden Investitionskosten maßgeblich, die neben den Kapitalkosten den Personaleinsatz umfassen können. Sofern die Verbreitung energieeffizienter IT-Technologie nicht durch Effizienzstandards begünstigt wird, entscheidet also die Wirtschaftlichkeit der neuen Technologie. Allerdings besteht bei Innovationen mit positiver Wirkung auf Umweltressourcen häufig ein Zielkon-

solche Aufwendungen aus ökonomischer Sicht dort am sinnvollsten, wo der größte Nutzen zu erwarten ist, also in Branchen, in denen der Faktor Energie eine verhältnismäßig große Rolle spielt. Bei IT-intensiven Branchen, wie etwa weiten Teilen des Sektors, machen Personalkosten den verhältnismäßig größten Anteil aus, wohingegen Energie und IKT-Kapital eine eher unbedeutende Rolle spielen. Das bedeutet, dass – verglichen mit Einsparpotenzialen in anderen Branchen – hier weniger Einsparpotenziale durch Energieeffizienz, etwa durch Green IT, zu erwarten sind.

Abnehmende Energieintensität im verarbeitenden Gewerbe

In den vergangenen Jahren hat die Energieintensität, das ist der Energieeinsatz pro Output, eher in den energieintensiv produzierenden Branchen abgenommen, etwa dem Verarbeitenden Gewerbe, der Energie- und Wasserversorgung sowie dem Transportgewerbe. Ob diese Entwicklung auf den Einsatz von Green IT oder auf andere tech-

Dr. Tim Mennel, mennel@zew.de
Sascha Rexhäuser, rexhaeuser@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 11-058, Christian Göbel, Thomas Zwick: Age and Productivity – Sector Differences?

Nr. 11-057, Andreas Sachs: Institutions and Unemployment: Do Interactions Matter?

Nr. 11-056, Kim Hiang Liow, Felix Schindler: An Assessment of the Relationship Between Public Real Estate Markets and Stock Markets at the Local, Regional, and Global Levels.

Nr. 11-055, Daniel Höwer, Tobias Schmidt, Wolfgang Sofka: An Information Economics Perspective on Main Bank Relationships and Firm R&D.

Nr. 11-054, Konrad Stahl, Roland Strausz: Who Should Pay for Certification?

Nr. 11-053, Dirk Czarnitzki, Cindy Lopes Bento: Innovation Subsidies: Does the Funding Source Matter for Innovation Intensity and Performance? Empirical Evidence from Germany.

David Reiley vom Internetportal Yahoo! zu Gast beim ZEW Research Seminar

Im September gab es im ZEW Research Seminar ein besonderes Highlight. David Reiley, Principal Research Scientist beim Internetportal Yahoo! diskutierte mit den Wissenschaftlern des ZEW Ergebnisse seiner aktuellen Studie zur Wirkung von Werbung auf den Umsatz. Überall im Internet



David Reiley stellte seine Forschungsergebnisse beim ZEW Research Seminar vor.

informieren uns Werbebanner über aktuelle Angebote und preisen neue Produkte und Dienstleistungen an. Trotz der ökonomischen Bedeutung der Online-Werbung, erwies sich der Nachweis eines kausalen Effektes der Kampagnen auf Umsatzerlöse bislang als schwierig. Eine experimentelle Studie mit über einer Million Yahoo!-Kunden ermöglichte es David Reiley und seinem Koautor Randall Lewis, die positive Wirkung von Werbung als statistisch signifikant nachzuweisen. Die Durchführung der Studie erfolgte in Zusammenarbeit mit einer großen US-amerikanischen Handelskette. Die Wissenschaftler konnten damit das Kaufverhalten von Kunden analysieren, die sowohl bei Yahoo! und als auch bei der kooperierenden Handelskette registriert waren. Zufällig ausgewählten Kunden wurde gezielt Werbung des kooperierenden Einzelhändlers angezeigt, wenn sie auf den Yahoo!-Internetseiten surften. Das Kaufverhalten konnte dann mit den Einkäufen von Kunden verglichen werden, die

die Werbung nicht erhielten. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die Werbekampagne zu einer Umsatzsteigerung von fünf Prozent geführt hat. Die kooperierende Handelskette konnte damit etwa siebenmal so hohe Einnahmen generieren, wie dem Unternehmen Ausgaben durch die Werbemaßnahme entstanden waren.

David Reiley war von 2006 bis 2009 Professor an der Universität Arizona. Seit 2007 ist er als Ökonom für das Internetportal Yahoo! wissenschaftlich tätig. Neben experimentellen Untersuchungen zur Effizienz von Werbung zählen Themenfelder wie Auktionen, Spendenverhalten sowie der elektronische Handel zu seinen Interessensgebieten. Beim ZEW Research Seminar geben ZEW-Wissenschaftler und externe Referenten Einblicke in den Forschungsstand ausgewählter Fachgebiete und Forschungsprojekte. Besondere Highlights sind die Vorträge renommierter nationaler und internationaler Wissenschaftler.

Christiane Bradler, bradler@zew.de

Weiterbildungsprogramm „Strengthening Macroeconomic Policies“ (MPS+) am ZEW

Bereits zum dritten Mal sind derzeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener staatlicher Institutionen aus China und Vietnam am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim zu Gast. Sie nehmen an einem makroökonomischen Weiterbildungsprogramm teil, welches das ZEW im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH durchführt.

Die Gäste aus Asien kommen in diesem Jahr unter anderem von der vietnamesischen Zentralbank, von Finanzministerien verschiedener Provinzen in China, vom vietnamesischen Finanzministerium sowie vom chinesischen Handelsministerium und der China Development Bank.

Im Rahmen des englischsprachigen Weiterbildungsprogramms mit dem Namen „Strengthening Macroeconomic Policies“ (MPS+) werden von ZEW-Wissenschaftlern und von externen Experten Kenntnisse auf dem Gebiet der Fiskal- und Geldpolitik sowie der Arbeits- und Finanzmärkte vermittelt. Weitere Schwerpunkte bilden die The-

men Handelstheorie und Handelspolitik sowie Entwicklungsstrategien für China und Vietnam. Darüber hinaus finden Fachexkursionen zur Deutschen Bundesbank, zur KfW und zur Deutschen Börse in Frankfurt statt.

Der Kurs wird am ZEW vom Servicebereich „Wissenstransfer und Weiterbildung“ betreut, welcher neben unternehmensspezifischen Seminaren und Weiterbildungsprogrammen auch offene Seminare anbietet.

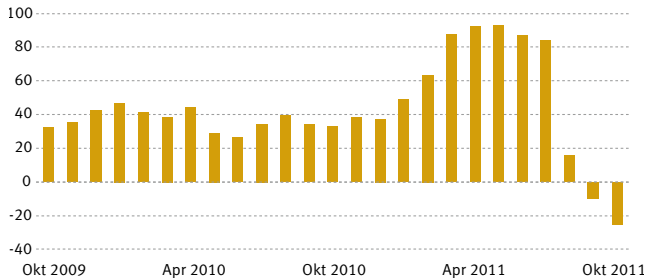
Claudia Pretsch, pretsch@zew.de



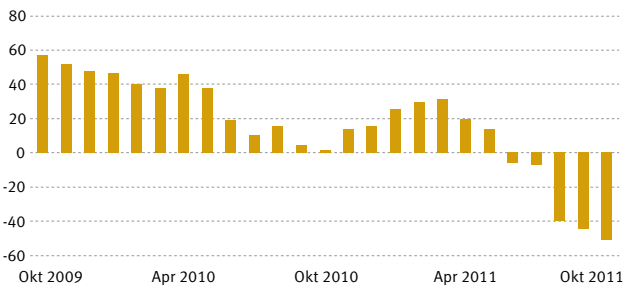
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Weiterbildungsprogramms „Strengthening Macroeconomic Policies“.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Oktober 2011



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Leitzinssenkung immer wahrscheinlicher

Immer mehr Finanzmarktexperten glauben, dass die EZB in den kommenden sechs Monaten die Leitzinsen senken wird, um der schwächelnden Wirtschaft im Euroraum zur Seite zu springen. Der Anteil der Experten, die von einer Verringerung der Leitzinsen ausgehen, ist im Oktober um 17,2 Prozentpunkte auf 37,3 Prozent gestiegen. Nur noch 50,7 Prozent der Befragten rechnen damit, dass es zu keiner Leitzinsänderung im nächsten halben Jahr kommen wird. Immerhin 12,0 Prozent erwarten trotz der konjunkturellen Abkühlung weitere Leitzinserhöhungen.

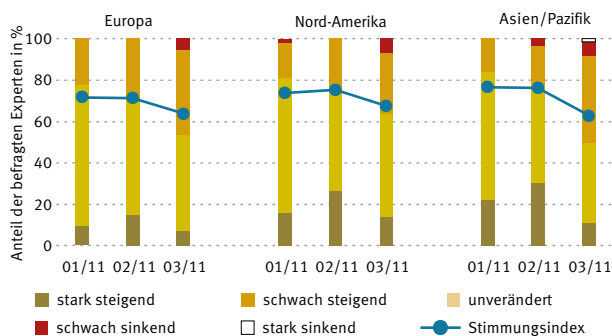
Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

Eurozone: Schuldenkrise belastet Erwartungen

Die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten prognostizieren für die kommenden sechs Monate eine empfindliche Verlangsamung der konjunkturellen Dynamik im Euroraum. Hierauf deuten die Konjunkturerwartungen für die Eurozone hin. Der entsprechende Saldo geht im Oktober um 6,6 Punkte zurück und steht nun bei minus 51,2 Punkten. Einen noch schlechteren Wert erreichten die Erwartungen zuletzt im November 2008. Zur Eintrübung der Konjunkturerwartungen hat die weiterhin schwellende Staatsschuldenkrise maßgeblich beigetragen.

Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

Luftfrachtraten in der aktuellen Umfrage im Sinkflug

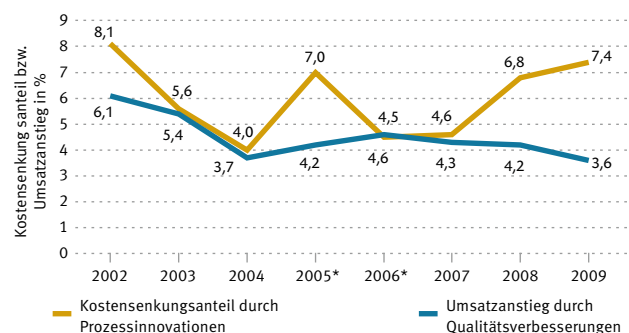


Quelle: ZEW

Der Luftfrachtverkehr hat sich in den letzten Jahren als relativ brauchbarer Frühindikator der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland herausgestellt. Nachdem die Luftfrachtraten 2010 schon spürbar angezogen haben, erreichten sie Anfang 2011 in den meisten Teilmärkten wieder das Niveau aus der Boomphase des Jahres 2008. Für die Zukunft erwarten die vom ZEW/ProgTrans befragten Experten eine deutliche Abkühlung dieses Anstiegs: Der Stimmungsindex ist bei den Europaverkehren um acht Punkte gefallen, für die Nord-Atlantik-Route um sechs und für die Asien-/Pazifik-Route sogar um 14 Punkte.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

EDV und Telekommunikation setzen auf Kostensenkungen



* Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodischer Änderungen in der Hochrechnung. Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Unternehmen der EDV- und Telekommunikationsbranche haben ihre Innovationstätigkeit in den vergangenen Jahren verstärkt auf Effizienzsteigerungen ausgerichtet. 2009 konnten mit Hilfe von Prozessinnovationen die durchschnittlichen Kosten um 7,4 Prozent gesenkt werden. Für 2010 sahen die Firmen eine weitere Erhöhung ihrer Rationalisierungsanstrengungen vor. Die Bedeutung von Qualitätsverbesserungen als zweites Hauptziel von Prozessinnovationen nahm dagegen etwas ab. Auch die Innovationserfolge mit neuen Produkten und Dienstleistungen fielen im Vergleich zu früheren Jahren geringer aus.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Zeitarbeit

Die Zeitarbeit hat sich in den vergangenen Jahren außerordentlich dynamisch entwickelt. Die Arbeit der Leiharbeiter – so ihre gesetzliche Benennung – stieg von rund 340 Tausend Personen Ende des Jahres 2000

auf 824 Tausend Ende des Jahres

2010. Dieser Anstieg hat sich im Jahr 2011 fortgesetzt. Allerdings ist die Bedeutung der Zeitarbeit nach wie vor gering. Der Anteil der Leiharbeiter an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beläuft sich derzeit auf knapp 3 v. H. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland damit auf dem fünften Platz, beispielsweise nach dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden.

Die Leiharbeit steht in der Öffentlichkeit nach wie vor im Kreuzfeuer der Kritik. Es handele sich um prekäre Beschäftigungsverhältnisse, weil die Entlohnung in diesen Arbeitsverhältnissen im Vergleich zu einem Normalarbeitsverhältnis niedriger und die Beschäftigungsstabilität von Zeitarbeitsverhältnissen geringer sei. In der Tat belief sich der angesprochene Lohnabstand in den Jahren 2008 und 2009 auf 20 v. H. beziehungsweise 10 v. H. Hierbei ist der unterschiedlichen Struktur der Zeitarbeitskräfte im Vergleich zu Arbeitnehmern in Normalarbeitsverhältnissen Rechnung getragen, denn Leiharbeiter besitzen häufiger als andere Erwerbstätige keinen Berufsabschluss und sind jünger. Des Weiteren ist in der Zeitarbeitsbranche das Risiko, den Arbeitsplatz wieder zu verlieren, wesentlich höher.

Solche Vergleiche stehen und fallen jedoch mit der Referenzgruppe „Normalarbeitsverhältnis“, also einem unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Vollzeitverhältnis. Sicherlich ist ein solcher Arbeitsplatz vorzuziehen, aber nicht allen Arbeitslosen steht diese Option zur Verfügung. Ganz allgemein gilt: Ein geringqualifizierter Arbeitnehmer stellt sich im Vergleich zur Arbeitslosigkeit besser, selbst wenn er zu einem nicht existenzsichernden Entgelt arbeitet, welches mit Hilfe des Arbeitslosengeld II aufgestockt wird, sodass sein Lebensunterhalt gewährleistet und er in den Arbeitsmarkt integriert ist.

Zudem gibt es starke empirische Hinweise, dass die Zeitarbeit für eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt förderlich ist. Diese Wirkung zeigt sich häufig erst mit einer Zeitverzögerung und fällt vielleicht gegenüber unrealistisch hohen Erwartungen bescheiden aus. Aber zur Überwindung der Arbeitslosigkeit bedarf es eines Bündels zielführender Instrumente. Die Zeitarbeit gehört dazu. Darauf hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuen Jahresgutachten aufmerksam gemacht.

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hatte im Dezember eine Gewerkschaft der Zeitarbeitsbranche für tarifunfähig erklärt, weil sie bestimmte, vom BAG neu definierte Anforderungen an eine Tariffähigkeit verfehlte. Da die Tariffähigkeit der Vertragsparteien eine Voraussetzung für die Wirksamkeit abgeschlossener Tarifverträge ist, hat die Entscheidung des BAG zur Folge, dass die betroffenen Arbeitnehmer sowie die Sozialversicherungsträger zumindest seit dem Zeitpunkt der Entscheidung des BAG Ansprüche auf Restvergütung und Sozialversicherungsbeiträge geltend machen können. Dies ist unstrittig. Der Streit geht vielmehr darum, ob diese Forderungen rückwirkend für sämtliche mit dieser Gewerkschaft abgeschlossenen Tarifverträge erhoben werden können.

Nach Ansicht des Sachverständigenrats sollte den betroffenen Zeitarbeitsunternehmen ein Vertrauensschutz für die Zeiten vor der Entscheidung des BAG gewährt werden. Denn diese Firmen konnten nicht vorhersehen, dass die abgeschlossenen Tarifverträge aufgrund einer Änderung der Rechtsprechung rechtsunwirksam sind.

Der Gesetzgeber sollte sich ebenfalls angesprochen fühlen und prüfen, ob die Tariffähigkeit klarer zu regeln ist. So gibt es beispielsweise in Österreich ein Schnellverfahren, welches die Tariffähigkeit des Verhandlungspartners zeitnah feststellen kann.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail groettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2011